

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geb. Ampt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Frankfurt einsehliche Bringerlöse mit den inbeträfflichen Beilagen
"Wort der Arbeit" und "Wort und Bild" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Zustellungsadresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 1277. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Maßnahmenverf. Grundpreise: die 28 mm breite Monatshefte 20 Pf., die 50 mm breite Monatshefte 1.50 M., für auswärtsgehende Anzeigen 2 Pf., und 3 Pf., Familienanzeigen, Stellen- und Mietsgesuche 40 Gros. Rabatt. Für Kleinverleger 10 Pf.

Nr. 285

Dresden, Mittwoch den 8. Dezember 1926

37. Jahrg.

Das Insterburger Echo

Die Rede des volksparteilichen Führers und Abgeordneten Scholz, der in Insterburg seine Abneigung gegen den Zusammengehen mit den Sozialdemokraten erklärte, wird in der Presse viel beachtet und viel kommentiert. Im liberalen Lager gibt es einen beträchtlichen Teil Leute, die Herrn Scholz' Standpunkt für falsch oder das Aussprechen dessen, was ist, für eine Dummheit halten. Da auch der Reichsfanzler Herr in Bewegung gesetzt worden ist, sieht sich Herr Scholz veranlaßt, seine Rede in der Königsberger Allgemeinen Zeitung ein wenig zu revidieren. Er sagt dort:

Er verstehe nicht die Erregung sozialdemokratischer Kreise. Seine Ausführungen seien im engeren Kreise der Vertrauensmänner seiner Partei gemacht worden, und er habe außerdem ausdrücklich betont, daß die Deutsche Volkspartei zu Verhandlungen über die Große Koalition durchaus bereit sei. „Daß ich persönlich die Aussichten eines etwaigen sachlichen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Umständen skeptisch beurteile, das auszusprechen ist mein gutes Recht, das mir wohl nicht betritten werden kann.“

Wichtig, man soll keinerlei Kreatur den Schnabel verhängen, wenn es sie drängt, etwas zu sagen, was auf dem Herzen brennt. Es wäre nur zu fragen, ob Herr Scholz auch bei den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie, an denen er als Führer seiner Partei teilnahm, die Zwecklosigkeit eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie ebenso klar und klar dargelegt hat wie in seiner Insterburger Rede. „Nicht er es getan“, so schreibt der Soz. Pressedienst, „so waren diese Verhandlungen selbstverständlich im gleichen Ausmaß als gänzlich sinnlos aufgegeben worden.“

Wir kennen die Punkte nicht, um die sich die Verhandlungen drehen, denn sie galten selbstverständlich für alle Teilnehmer als streng vertraulich. Wir nehmen an, daß es sich um außerpolitische Fragen und um das Arbeitszeitgesetz handelte. Aber wir denken über all das sehr skeptisch, denn in den Fragen des Arbeitszeitgesetzes, der Reinigung und Reform der Reichswehr und anderer wichtiger innerpolitischer Aufgaben kann die Sozialdemokratie mit der Volkspartei, wie wir nun einmal aussieht, keine fruchtbare Arbeit leisten, und sollen unter solchen Umständen eine klare Opposition der Sozialdemokratie für fruchtbarer als eine unklare Teilhaberschaft von Fall zu Fall, die zu oft eine von Reifall zu Reifall geworden ist. Siehe Follobd. Schund- und Schmutzwerke usw.

Wir halten es darum auch für falsch, wenn jetzt innerhalb der Sozialdemokratie wieder Stimmen laut werden, die auf eine Beteiligung unserer Partei an der Großen Koalition hindeuten oder gar unsere Bereitwilligkeit dazu in der Weise verkünden, wie es Genosse Scheidemann am Dienstag in einer Verammlung der Sozialdemokratischen Partei Münchens tat.

Der Porzellanladen

D. Köln, 8. Dezember. (Fig. Funkspruch.) Die Kölnische Volkszeitung, das führende rheinische Zentrumsblatt, schreibt zu der Rede des volksparteilichen Abgeordneten Scholz in Insterburg u. a.:

Es ist kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß man in Kreisen der Reichsregierung über diese Wendungen in der Rede des Abgeordneten Scholz nicht nur überreicht, sondern auch verwundert ist. Wir müssen zunächst sachlich anfragen, welchen Grund die Regierungspartei hat, daß Herr Scholz in einer so herausfordernden Weise in schwebende Verhandlungen einzugreifen hat. In der Tat war beabsichtigt, die Frage der Arbeitszeit durch eine ruhige und sachliche Diskussion mit den Sozialdemokraten zu einer Lösung zu bringen, nachdem sich die Regierungspartei untereinander geeinigt hatten. Wenn der Führer einer Regierungspartei, die an den Abmachungen über eine bestimmte Verhandlungsmethode beteiligt ist, es jetzt für angebracht hält, in einem so kritischen Augenblick das Porzellan zu zerfetzen, das überbaut noch übrig ist, dann muß man sich doch ernstlich die Frage stellen, wie weit hier Unvorsichtigkeit oder Absicht im Spiele ist. Man möchte fast allen Beteiligten den Rat geben, die unsichere Lage, die an ungesicherten Spannungen schon an sich reich genug ist, nicht unbedacht in eine offizielle Krise ausmünden zu lassen. Wir erwarten, daß man auch dem Zentrum Herrn Scholz ohne Umwege bedeuten wird, daß Politik nicht gemacht werden kann, wenn man gegenseitige Vereinbarungen trifft und einen Teil davon dann in einer öffentlichen Rede desavouiert.

Sachliche Provokationen

rs. Paris, 8. Dezember. (Fig. Draht.) In der französisch-italienischen Grenze hat sich ein neuer Zwischenfall in Benimilla ereignet. Sachliche haben Eisenbahnbeamte in den Schoträumen überfallen, wobei es nicht ohne Wunden abging. Infolgedessen haben die Eisenbahnen beschlossen, die Lokomotiven nur noch bis zur Brücke von St. Louis zu fahren.

Die kriegsmüden Marokkotruppen

rs. Paris, 8. Dezember. (Fig. Draht.) Der Schluß der Kammerdebatten, die keine Enthüllungen über die nächsten Pläne der Regierung gebracht hat und auch nicht angetan war, die Befürchtungen der französischen Industrie hinsichtlich der Verschlimmerung der Wirtschaftskrise zu zerstreuen — so wurde mitgeteilt, daß in der Wälsche- und Textilwarenindustrie 30 bis 40 Prozent der Arbeiter entlassen wurden. —, kam es zu einer verhängnisvollen Erklärung des französischen Kriegsministers Painlevé. Nach der Mitteilung Painlevé's, daß das Kriegsministerium bereit sei, Aufklärung zu geben, erklärte Painlevé, die französischen Truppen, die von Marokko zurückgezogen seien, sollen nicht nach Spanien geschickt werden.

Spiegelunwesen und Korruptionsumpf

Ein Nachwort zum Leipziger Polizei- und Taschendiebes-Prozess

Kriminalbeamte, Funktionäre des Staates, der Gesellschaft, die beauftragt waren, soziale kriminelle Elemente der Gesellschaft vom Gasse zu halten oder sie wenigstens auf kürzere oder längere Zeit unschädlich zu machen, haben mit Verbrechen gemeinliche Sache gemacht. Sie haben sich dafür Teile der unrechtmäßigen Beute geben lassen und sich andere Vorteile zu verschaffen gewußt. Ja, sie haben den Gaunern sogar Anreize zur sozialen Betätigung gegeben.

Ganz unzweifelhaft haben die sechs Leipziger Kriminalbeamten damit einen ungeheuerlichen Vertrauensbruch an ihren Auftraggebern, die sie — wenn auch ungenügend — bezahlten, begangen. Keine Gesellschaftsorganisation kann einen solchen gemeingefährlichen Vertrauensbruch ruhig hinnehmen. Und wenn nun die Beamten gemäß der Abschreckungstheorie Justizstrafen von drei Jahren sechs Monaten bis sieben Jahren drei Monaten erhalten haben, so scheint auf der ganzen Erde der aussen-erregende Fall damit erledigt zu sein. Er ist es aber nicht, da dieser Fall durchaus kein besonderer, sondern der typische Fall einer Gesellschaft ist, einer Gesellschaft, in der Korruption und Spiegelunwesen an der Tagesordnung sind.

Der Staatsanwalt Mühle sprach von einer Kranzheit, der die Beamten auf der Kriminalstelle Hauptbahnhof zum Opfer fielen. Ja, der faulige Sumpfboden, den die kapitalistische Produktionsweise in moralischer Hinsicht ständig erzeugt, liefert die Voraussetzung für Sozialprostitute, wie wir sie in diesem Prozess auf der Anklagebank sehen — internationale Gauner und korrupte Beamte. In dem allgemeinen Milieu, das charakterisiert ist durch die Jagd nach arbeitslosem Einkommen durch Korruption und soziale Verbrechen aller Art, gefellte sich für die angeklagten Beamten noch das besondere Milieu „einer modern aufgezogenen Polizei, die mit Spiegeln arbeiten muß“ (Aussage des Kriminalrats Fischer). Kowalew erklärte ja auch, „daß es keinen Kriminalbeamten gibt, der nicht mit Spiegeln arbeitet, und diese Spiegel sind fast stets selbst Verbrechen“. Der Umgang mit diesen Verbrechen, von denen Schlichter mehrere mit polizeiamtlichen Ausweisen ausgerüstet kannte, muß auf die Tauer auf nicht ganz charakteristische Naturen demoralisierend wirken. — Das Sein bestimmt eben das Bewußtsein! — Selbst der Staatsanwalt mußte zugeben, daß diese Spiegel, die er schamhaft als „Gewährsmänner“ bezeichnet wissen wollte, „sicher oft selbst gewerkschaftliche Verbrechen sind“. Dabei ist besonders interessant, daß Staatsanwalt Mühle mit

dem Ausdruck Spiegel den Begriff des Provokateurs und Lockspiegels verband. Er muß es ja auch wissen. Hat er doch bald nach der Revolution als Offizier freiwillig in die rote Armee getreten, die dort Lockspiegelarbeit verrichten mußten! Bei dieser praktischen Erfahrung hätte er für das Milieu der Kriminalbeamten, die gezwungen waren, fast täglich mit solchen unsauberen Subjekten „zusammenzuarbeiten“, mehr Verständnis aufbringen müssen.

Bei dem Kriminalbeamten Grimm waren alle moralischen Grenzen schon lange verwischt. Er war als bestechlicher Beamter während des Krieges in „vaterländischem Interesse“ vom Generalkommando und dem damaligen Polizeipräsidenten für seine Amtsverbrechen und die Ausbeutung hilfloser Ausländer sogar noch belohnt worden. Kein Wunder, daß Grimm bei solchen demoralisierenden Maßnahmen seiner Vorgesetzten bereits sieben Jahre lang mit den Verbrechen Hand in Hand arbeitete. Und Grimm war Kowalew's Lehrmeister. „Die Krankheit wirkte ansteckend.“ Dazu kam, daß die Ausbildung und vor allem die Kontrolle mangelhaft war. Kühle wunderte sich noch jetzt, daß ihm damals bei seiner so vielen Versuchen ausgelegten Tätigkeit vollständig freie Hand gelassen wurde. Anscheinend verließ sich Kriminalrat Fischer mehr auf seine Spiegel, wie z. B. auf Srebniak, als auf seine Beamten.

Ueberhaupt wird dem Laien der Glaube an kriminalistische Autorität genommen angesichts der Tatsache, daß akademisch gebildete Kriminalräte so wenig kriminalistischen Scharfblick besitzen, daß sie nicht bemerken, wie ein halbes Dutzend ihrer Untergebenen teilweise jahrelang mit gewerkschaftlichen Verbrechen unter einer Decke stecken. Man wurde während der Hauptverhandlung das unangenehme Gefühl nicht los, daß die Spiegel die Situation als Vorkosten der internationalen Taschendiebe durchaus beherrschten; der Untersuchungsrichter gab dieser Meinung auch ganz offen Ausdruck. Srebniak, der es wissen mußte, befandete, daß Kriminalrat Fischer wohl ein tüchtiger Beamter aber kein großer Kriminalist ist!

Noch einen Stoß erhält der Autoritätsglaube angesichts der Tatsache, daß Staatsanwalt Förster den lange gesuchten gemeingefährlichen Verbrecher Lebn auf Vertreiben Kowalew's, Srebniak's und des Rechtsanwalts Neugebauer mit 100 Mark Geldstrafe für einen nachgewiesenen Taschendiebstahl laufen ließ. Lebn hat nach seiner späteren Verhaftung bekundet, daß er über diese staatsanwaltschaftliche

Um den Achtstundentag

Trotz 50jährigen Erfahrungen und Untersuchungen über den günstigen Einfluß verkürzter Arbeitszeit auf die Produktivität der Arbeit — von den hygienischen und sittlichen Einwirkungen auf den Menschen nicht zu reden — beharrt die Unternehmerschaft in ihrem Widerstande gegen eine gesetzliche Verankerung des Achtstundentages und die von dem ADGB geforderte Schaffung eines Notgesetzes gegen den Ueberstundennutz. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die internationalen Unternehmerverbände der Schwerindustrie, dieser grundsätzlichen Feindin verkürzter Arbeitszeit, sich an dem Kampfe gegen den Achtstundentag beteiligen werden. Zwei hervorragende Finanztheoretiker, F. M. Keynes und Gustav Cassel, haben in der Presse Artikel veröffentlicht, um für eine Verlängerung der Arbeitszeit Stimmung zu machen; damit haben sie das Signal gegeben zu einer Betätigung der gewerblichen Wirtschaft in Interesse der Unternehmerschaft. Die Wandelstiele der bürgerlichen Presse begnügen sich vorläufig noch damit, die finanztheoretische Autorität der Obengenannten auf das ihnen ganz fernliegende Gebiet der eigentlichen Wirtschaft und Sozialpolitik hinüberzuspielen; es wird jedoch nicht lange dauern, bis andere „Autoritäten“ zur Unterstützung der Kämpfer gegen den Achtstundentag ins Feld rücken.

Wir begrüßen deshalb das Erscheinen eines im Verlage des ADGB herausgegebenen Buches: Der Achtstundentag, seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland, von Dr. Wilhelm Wolff, weil es in seiner Sachlichkeit und seines reichen, unansehnlichen Materials wegen ein vortreffliches Rüstzeug im Kampfe um den Achtstundentag sein wird. Das Buch erhebt nicht den Anspruch auf eine im strengen Sinne wissenschaftliche Arbeit; dafür aber bietet es jedem Arbeiter — was viel wichtiger ist — in gemeinverständlicher Sprache eine prägnante Darstellung der Geschichte der täglichen Arbeitszeit, insbesondere des achtstündigen Arbeitstages, behandelt die Einwirkungen des Weltkrieges auf dessen Entwicklung und erbringt an der Hand zahlreicher statistischer Tabellen den Nachweis, daß der Achtstundentag nicht die Ursache eines zeitweiligen Rückganges der Produktivität war, sondern im Gegenteil erhöhte Arbeitsleistungen zeitigte.

Warum stemmen sich die meisten Unternehmer gegen den Achtstundentag? Diese Frage wurde schon 1923 in der

Sozialen Praxis von Karl Menckes sehr gründlich beantwortet. Wenn die Unternehmer die Frage des Achtstundentages unter dem Gesichtspunkte ihres eigenen wirtschaftlichen Vorteils behandelt hätten, führt Menckes aus, „so hätten längst alle Betriebe für Feinmechanik den Achtstundentag haben müssen und auch sicher noch eine große Anzahl anderer Betriebe“. Was Menckes 1923 weiter ausgesprochen, trifft heute in verstärktem Maße zu: „Es ist eine für das Bewußtsein der meisten Unternehmer nie in Frage gestellte Selbstverständlichkeit, daß in zehn Stunden mehr gearbeitet wird als in acht. Es handelt sich hier um eine Suggestion und keineswegs um eine begründete gesellschaftliche Erwägung. Die wirklich gültigen Untersuchungen, die über das Resultat des Achtstundentages seit der Revolution bei uns angestellt wurden, haben denn auch ein ganz anderes Bild ergeben, als es die Unternehmerschaft im allgemeinen zeichnet.“

Es gibt aber noch andere Gründe der Unternehmerrückständigkeit gegen den Achtstundentag. Die weniger Einsichtigen wollen sich dafür rächen, daß er ihnen durch die Revolution abgetrotzt wurde; die weiter und tiefer Blickenden sehen in der Steigerung des Bildungsbewußtseins der Arbeiterklasse, mit der zugleich eine Steigerung ihrer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Macht verbunden ist, eine Bedrohung ihrer eigenen Machtstellung. Denn letzten Endes bleibt die Frage des Achtstundentages eine Machtfrage. Weder exakte wissenschaftliche Untersuchungen noch die Ergebnisse der Praxis werden die nur zu bequeme Suggestion der Unternehmer und die Furcht vor dem Verlust ihrer Machtstellung verschlucken. Wo sie aber mit zahlenmäßiger Vorführung einer angeblich gesunkenen Produktivität infolge des Achtstundentages operieren, ist größtes Mißtrauen gegen ihre Ziffern am Plage. Sie beziehen sich nämlich meistens auf die für den Markt hergestellte Erzeugung, verschweigen aber die latente Produktion, die in Lagerbeständen und halbfertigen Waren besteht. Ähnliche Fehlerquellen der Unternehmerrückständigkeit deckt das Buch des Dr. Wolff mehrfach auf.

Wenn der Achtstundentag kein schöner Traum bleiben soll, so müssen die Arbeiter und Angestellten aller Länder einen unermüdbaren Kampf gegen die suggestiven Vorstellungen der Unternehmer, die sich auf Bequemlichkeit und Unwissenheit aufbauen, führen!